

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Druckerei-Nummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei wöchentlichem Bezug monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglichem zweimonatlichem Bezug monatlich M. 35.—.
Die 10paltige 2. und 3. Seite M. 7.—, außerhalb Sachsens M. 8.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10paltige An- und Verkäufe die Seite M. 5.—, Vorzugssätze laut Tarif. Unverändliche Nachdrucke gegen Vorbezahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 2.50

Verantwortung und Hauptverleger:
Karlenschloß 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverändliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

SIEZI der **DUFT** des **ORIENTS**

Flasche 175,00 250,00

Paul Schwarzlose
Dresden-A. Schloßstr. Nr. 13

Sturmjahren in deutschen Volksvertretungen.

Sandgemenge im preussischen Landtag.

Der Präsident nachlos.

Berlin, 6. Juli. Im preussischen Landtag wurden heute die vom Verfassungsausschuss vorbereiteten Anträge der Kommunisten, der Unabhängigen und der Koalitions-

parteien für den

Schutz der Republik

in Verbindung mit der ersten und zweiten Lesung der von dem Ausschuss vorgeschlagenen Gesetzentwürfe wegen Verletzung einer Amnestie und wegen Änderung des Disziplinarrechtes für die nichtrichterlichen Beamten und für die Richter besprochen. Bei den Ausführungen der deutschen Abgeordneten Weiskopf und Dr. Deeburg kam es wiederholt zu für mich in Zukunft aus den Reihen der Linken. Dr. Deeburg wurde schließlich gezwungen, seine Ausführungen zu schließen. Als der Abg. Hermann-Friedrich (D.N.) an einer persönlichen Bemerkung auf die Rednertribüne auftrat, erhob sich auf der linken Seite des Hauses ein

unausgeglichener Sturm der Entrüstung.

Offenbar wegen der in den letzten Tagen erschienenen Zeitungsnotiz, wonach der Abg. Hermann-Friedrich eine Verordnungsorganisation mit Geldmitteln unterstellt haben soll. Unter der Führung des unabhängigen Abgeordneten Meier-Berlin eilten die Abgeordneten der Linken zur Rednertribüne. Deutschnationale Abgeordnete kamen zum Schutz des Redners herbei. Unter unbeschreiblicher Erregung des Hauses und unter lauten Schreien der Linken verlas Abg. Hermann-Friedrich eine Erklärung, die unverständlich blieb, die sich aber anscheinend auf die genannte Zeitungsnotiz bezog. Der Tumult wurde inzwischen immer größer.

Der Abg. Meier ergriff ein auf dem Tische des Hauses liegendes Altkleid und warf es dem Redner an den Kopf. Als sich zwei unabhängige Abgeordnete durch die Reihen der Deutschnationalen zum Redner hindurchdrängen wollten, kam es zu einem Handgemenge. Einige Momente lang sah man nur einen sich hegenden und dröhnenden Ränkel von Abgeordneten.

Vergebens suchte der Präsident mit dem Glocke Ruhe zu schaffen. Der Abg. Krause (Unabh.) wurde mit deutschnationalen Abgeordneten handgemein, was bei den bürgerlichen Räumlichkeiten auslief. Nachdem der Präsident seinen Platz verlassen hatte, hörten die Hausbesitzer die Anfälle. Nur allmählich glätteten sich die Wogen der Erregung.

Präsident Veinert gab darauf bekannt, daß sich der Ausschuss mit den Vorgesängen beschäftigen werde. Nachdem der Verfassungsausschuss seine Sitzung beendet hatte, wurde die Plenarsitzung wieder aufgenommen. Präsident Veinert gab eine Erklärung ab, in der es heißt:

Der Ausschuss ist der Meinung, wenn nicht die Parteien und alle Mitglieder des Hauses dafür sorgen, daß die Autorität des Präsidenten gestärkt wird und seinen Anordnungen Folge geleistet wird, ist es unmöglich, die parlamentarische Tätigkeit weiter zu führen. Infolgedessen ist an die Parteien das Ersuchen gerichtet worden, bei ihren Mitgliedern darauf hinzuwirken, daß geordnete Verhandlungen im Landtage möglich sind. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, sich jetzt zu verhalten. Der Verfassungsantrag wurde gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen und die Sitzung geschlossen. (W. T. B.)

Losender Lärm im Reichstag.

Die Verleumdung Hindenburgs durch die Rechtsparteien. (Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 6. Juli. Auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages standen zunächst die Interpellationen gegen antirepublikanische Kundgebungen. Eine Interpellation Frau Agnes (Unabh.) erhebt Einspruch gegenüber dem Fortbestehen von Selbstschutzorganisationen. Eine weitere Interpellation Agnes behauptet, daß Personen, deren Handlungen strafrechtlich durch die Amnestie vom 4. August 1920 geschützt sind, zivilrechtlich für Handlungen verantwortlich gemacht werden, die sie zur Abwehr des Knapp-Fußes begangen haben. Eine Interpellation Krapp (Unabh.) verlangt Aufklärung über die Verhältnisse in Ostpreußen anlässlich der Hindenburgreise und eine Interpellation Müller-Franken (Soz.) protestiert gegen die Regimentsfeiern, die sich zu antirepublikanischen Kundgebungen auswählten.

Abg. Dr. Moser (Unabh.) begründet die unabhängige Interpellation. Als Schuldige an den Attentaten müßten alle die gelten, die leibhaftig oder geistig mit den Mördern in Verbindung ständen. Diejenigen, die durch Reden und durch die Presse aufreizten sowie diejenigen, die Mittel zur Verfügung stellten, müßten mit demselben Maß gemessen werden wie die Mörder selbst. Geht es nicht, mit dem deutschnationalen Mördereigentum (!) fertig zu werden, dann komme es zum offenen Bürgerkrieg.

Für kurze Zeit wurde darauf die Aussprache durch die Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung

unterbrochen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Abg. Vogel-Franken (Soz.) begründete dann die mehrheitssozialistische

Interpellation gegen die Regimentsfeiern.

Nicht der Gesinnung solle geknebelt werden, sondern den Verleumdungen müsse ein Ende gemacht werden. Der bayrische Innenminister habe angeordnet, daß ihm von allen Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vor ihrer Ausführung Mitteilung zu machen sei. Das

könne zur Folge haben, daß die Mörder gewarnt werden. In Bayern sammelte sich alles, was auf den Revanchekrieg hinarbeite. München sei die Stadt der Hindenburgfeier in Königsberg bedeute eine ganz unerhörte Provokation des Reiches und der Reichsregierung.

Justizminister Dr. Radbruch beantwortete die Interpellation betreffend Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind. Er verlas ein Urteil in einem derartigen Falle, in dem die Schadenersatzleistung abgelehnt wurde. Von einem amtlichen Erlaß des bayrischen Innenministers bezüglich der Informierung bei Maßnahmen auf Grund der neuen Verordnung sei nichts bekannt. Er würde auch im klaren Gegenfall zur Verfassung stehen.

Ein Vertreter des erkrankten Reichswehrministers führte als Antwort auf die Interpellation u. a. aus: Die Beteiligung der Reichswehr an der

Hindenburg-Vererbung in Königsberg war vom Reichswehrministerium genehmigt. Die Reichswehr habe alle Verabredungen innegehalten. Ein Demonstrationzug, der auf die Annahmestraße der Truppen getreten war, hat sich aber nicht an die Verabredung gehalten. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen die Demonstranten mit Stangen, sowie mit mitgeführten Werkzeugen und mit Zielwaffen auf die Truppen losgingen. Eine planmäßige Verteidigung war zunächst nicht möglich. Erst nach Anwendung der Schusswaffe gelang es, den Angriff abzuwehren. Von unerdächtiger Seite wird behauptet, daß der Ueberfall planmäßig vorbereitet war. Die Truppen haben nur in der Notwehr gekämpft. (Sehr richtig! rechts.) Daß Gedankenspiele tatsächlich fast durchweg einwandfrei verlaufen sind, beweist am besten der Umstand, daß trotz der verhältnismäßig großen Zahl dieser Feiern Zwischenfälle nur in verhältnismäßig geringer Zahl vorgekommen sind.

Als ein unerdächtiger Kronzeuge dafür kann der sächsische Innenminister Lipinski angeführt werden, der in einer Landtagsdebatte gesagt hat, bis jetzt habe ich von einem provozierenden Verhalten bei Regimentsfeiern noch nichts gehört.

Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Wenn ich die schwarzweißen Fahnen verbieten soll, so müßte ich auch die roten Fahnen und den Sowjetern verbieten. Im übrigen unterliege die Frage eines völligen Verbotes der Teilnahme der Reichswehr an Regimentsfeiern ausschließlich der Prüfung des Gesamtabministers.

Innenminister Dr. Brücker beantwortete die Interpellation über

die Selbstschutzorganisationen.

Das Bestehen dieser Organisationen war innen- und außenpolitisch eine ewige Quelle von Zwistigkeiten. Schon vor der letzten Verordnung des Reichspräsidenten mußten verschiedene Organisationen aufgelöst werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten gab der Regierung neue Mittel in die Hand, um diesen staatsfeindlichen Verbindungen zu Leibe zu kommen. Es konnte auch im Rahmen des Rechts bisher nicht gegen den Stahlhelm und vorgegangen werden. Vorgenommene Beschlagnahmungen in Sachen haben aber jetzt die Möglichkeit gegeben. Ob die neuen Mittel, die der Reichs- und den Landesregierungen an die Hand gegeben sind, ausreichen, um

die Suche der geheimen Vereine

erfolgreich zu bekämpfen, wird die Zukunft zeigen. Wenn man von der Reichsregierung verlangt, daß sie um die Erlösung dieser Vereinigungen auch in den einzelnen Ländern weilt, wenn man sie anklagt, daß sie nicht richtig vorgegangen ist, dann muß man sie auch mit der Wacht unterstützen, damit sie so eingreifen kann, wie es erforderlich ist. Es genügt nicht, daß die Regierung die Wacht hat, sich an die Länder zu wenden, sondern sie muß in der Lage sein, die Dinge zentral zu leiten. Schon mein Amtsvorgänger Koch hat vor 1 1/2 Jahren einen Gesetzentwurf eingebracht zur Errichtung eines neuen Reichskriminalpolizeiamtes.

Der Entwurf schon die Polizeihohheit der Länder, aber da, wo es sich um zentrale Interessen des ganzen Reiches handelt, gibt dieses Gesetz dem Reich die zentrale Hohheit. Ich habe dieses Gesetz jetzt dem Reichsrat zugehen lassen und es wird jedenfalls auch Ihnen zugehen. Wir sind entschlossen, gegen die Vereine mit aller Strenge vorzugehen, aber wir wissen auch, daß nicht alle Vereine aus Bosheit entstanden sind. Es handelt sich um eine wissenschaftliche Frage, wie wir die zahlreichen ungelösten Fragen unterbringen sollen. Ich bin in Verbindung getreten mit Gewerkschaften und mit dem Reichsverband der deutschen Industrie. Die Gewerkschaften haben sich für die Hilfe bereit erklärt, das gleiche möchte ich auch vom Reichsverband der deutschen Industrie hoffen.

Darauf erfolgte die Besprechung der Interpellation. Abg. Cuno (D. W.): Zu den Vorgesängen in Ostpreußen muß ich sagen, daß Feldmarschall Hindenburg den berechtigten Wunsch hatte, in seinem hohen Alter seine Heimat noch einmal zu besuchen. Außerdem wollte er einem alten Versprechen nachkommen, alle die Städte zu besuchen, deren Ehrenbürger er ist. Die Veranlassungen waren durch aus unpolitisch. Der Besuch Hindenburgs war ein Triumphzug, wie ihn die deutschen Länder noch nie gesehen haben. Die beiden ersten Veranlassungen wurden auch von der Reichsregierung als unpolitisch angesehen. Nur die große Kundgebung wurde als parteipolitisch bezeichnet und es erfolgte der bekannte Erlaß. Er hat Kopfschütteln und Enttäuschung hervorgerufen, er ist einfach unerhört.

Trotz man das deutsche Volk empfinden, so hat auch die Republik keine Seele mehr. Unerhört ist die Reparatur der Vintopresse. Das Blut, das geflossen ist, kommt auf das Sündenkonto dieser Verhöhnung.

(Fortsetzung der Reichstagsverhandlungen auf Seite 2.)

Neue Koalitionsführer.

Durch den Mord an Dr. Rathenau hat die Frage der Koalitionsverbreiterung im Reich eine erneute aktuelle Bedeutung gewonnen. Bei den bisherigen Erörterungen des Themas stand die Verbreiterung nach rechts ganz im Vordergrund. Den Hauptkeim des Antistes für ihre Verwirklichung bildete von Anfang an die Abneigung der Mehrheitssozialdemokratie, sich mit den Deutschen Volksparteilern an einen Tisch zu setzen. Die Volkspartei stand bei den Sozialdemokraten in starkem „Reaktionsgeruch“; namentlich wegen ihrer Stellung zur republikanischen Staatsform wurde sie scharf bearbeitet. Auf volksparteilicher Seite war es die Richtung Stresemann, die immer wieder auf die Notwendigkeit einer Einbeziehung der Volkspartei in die Koalition hinwies, falls man dem Gedanken einer deutschen Volksgemeinschaft zum Zwecke der Bildung einer geschlossenen Front in der auswärtigen Politik überhaupt einen Schritt näher kommen wollte. Dabei unterließ aber Dr. Stresemann nie, bei allen derartigen Erörterungen nachdrücklich zu betonen, daß seine Partei sich keinesfalls ausdrängen wolle, daß sie nur komme, wenn sie gerufen werde, und daß sie für ihre Beteiligung an der Regierung zwei unerläßliche Bedingungen stelle: 1. das Aufhören der Erfüllungspolitik von dem Augenblicke an, wo sie die Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes überschreitet, und 2. den Verzicht der Sozialdemokratie auf jede Vorherrschaft im Kabinett, und ihre Einordnung in die Reihe der bürgerlichen Parteien. So gab es längere Zeit einen Dreibund von theoretischen Erörterungen, der zu langatmigen Darlegungen der Gründe für und wider ausgemacht wurde, ohne daß ein positives Ergebnis herauskam. Allmählich schien es aber den maßgebenden Führern der Mehrheitssozialdemokratie doch gerufen, dem Gedanken einer Zusammenarbeit mit der Volkspartei näher zu treten, und so kam auf dem Württembergertage der Volkspartei zustande, der die bisherige bedingungslose Verneinung des Zusammengehens mit der Volkspartei beilegte und die Mitwirkung von Sozialdemokraten in einem nach rechts verbreiterten Kabinett gestattete, allerdings nur unter zwei Bedingungen: einmal sollten die Volksparteiler, ohne sich grundsätzlich zur Monarchie zu bekennen, sich zur Verteidigung der Republik gegen gewalttätige Angriffe bereit erklären, und zum andern wurde von ihnen die bereitwillige Mitarbeit an der Demokratisierung der Regierung und Verwaltung verlangt. Beide Forderungen konnte die Volkspartei, nachdem sie sich einmal auf den Boden der Tatsachen gestellt hatte, bewilligen, ohne ihre Grundzüge preiszugeben. Die nächste Folge dieses Württembergertages war, daß in Preußen das rein bürgerliche Kabinett Stegerwald von einer Koalitionsregierung, in der sowohl Volkspartei wie Mehrheitssozialisten vertreten waren, abgelöst wurde.

Im Reich hing aber nach wie vor die Verbreiterung der Koalition an hundert Ketten. Hier handelte es sich nicht wie in Preußen darum, die Sozialdemokratie erst in die Regierung hineinzubringen, sondern sie hat schon darin und versuchte nun wenig Neigung, sich mit der Volkspartei in die Herrschaft zu teilen. Im Reich die Sozialdemokratie trotz Württemberg an ihrer Ablehnung eines Zusammengehens mit der Volkspartei fest und dabei fand sie Unterstützung durch das Zentrum, das im Reich und in Preußen nicht gleichgültig ist. In Preußen fehlt der starke demokratische westdeutsche Einschlag, so daß dort das Zentrum einen mehr konservativen Anstrich besitzt. Das preussische Zentrum hatte auch getreu seiner Eigenart in bestimmtester Weise jede Vereinnahmung der Sozialdemokratie in die Regierung ohne gleichzeitige Teilnahme der Volkspartei zurückgewiesen und dadurch die Verbreiterung der Koalition auch nach rechts hin erzwungen. Da dieser Antriebszugunsten der Volkspartei im Reich fehlte, so blieb hier alles beim Alten und Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten teilten sich in die Leitung der Geschäfte.

An diese Verhältnisse muß man sich erinnern, wenn man die zurzeit bestehenden Aussichten auf Umbildung der Regierung im Sinne einer nach rechts verbreiterten Koalition richtig einschätzen will. Die gegenwärtige Reichsregierung ist an sich mit den Grundforderungen der Demokratie und des Parlamentarismus nicht vereinbar, da sie nur über 200 Stimmen von den 400 des Reichstages verfügt. Sie ist daher auf eine fortgesetzte Ausschließung von rechts und links angewiesen und mit allen Mängeln behaftet, die sich aus einer so hochgradigen Unsicherheit der parlamentarischen Lage ergeben. Eine feste, klare, zielbewusste Regierungspolitik wird unter derartigen parlamentarischen Lebensbedingungen auf das äußerste erschwert, ja fast unmöglich gemacht, und es ist daher durchaus begreiflich, daß gerade in der letzten Krise, in deren Zeichen wir stehen, die Unsicherheit des Regierungsbürokrats mit erneuter Wucht allen Staatsmännern und Politikern auf die Seele fällt. Es erscheint demnach nicht verwunderlich, sondern ist lediglich ein ganz natürlicher Ausdruck der Gesamtheit aller gegenwärtigen Stimmungsmomente, daß der Gedanke der Koalitionsverbreiterung abermals fortgesponnen wird.

Diesmal hat sich aber der Vorstoß nicht in erster Linie nach rechts, sondern nach links gerichtet, und zwar sind die Mehrheitssozialisten in einem parteipolitischen Schreiben an die Unabhängigen mit der Frage herangetreten, ob sie bereit wären, angesichts der neuen Lage mit der Regierung zu übernehmen, um eine proletarische Einheitsfront zur Verteidigung der Republik und der Arbeiter-Interessen zu schaffen. Bis hierher ist die Verbreiterung der Koalition nach links noch niemals über den Rahmen einer bloßen andeutungsweisen

Wägigkeit hinausgekommen, weil der einmütige bürgerliche Widerstand dagegen jede ernsthafte Erörterung des Planes ausschloß. Jetzt hat aber die Reichstagsabstimmung einen Schritt zur praktischen Verwirklichung einer solchen Koalition getan, mit dem Erfolge, daß die Unabhängigen sich zum Entgegenkommen bereit erklärt haben, falls die Gewerkschaftsforderungen, die im Hinblick auf das Ausnahmegesetz erhoben worden sind, erfüllt würden. Die Unabhängigen aber sind auch heute noch augenscheinlich unerbötlicher als die Reichstagsabstimmenden. Das Schreiben der letzteren ist im Tone sehr warm gehalten und gebraucht die brüderliche Anrede „Ihr“, während die Unabhängigen in ihrer Antwort ziemlich kühl die Anrede „Sie“ verwenden. Da die Gewerkschaftsforderungen so stark aufgetragen sind, daß heute noch unter voller Würdigung der veränderten Umstände eine nach links verdrängte Koalition als ausgeschlossen gelten, falls nicht etwa die drei sozialistischen Ströme in der Regierung ganz unter sich bleiben wollten, was nicht ernsthaft in Betracht kommen kann. Bei den Demokraten herrscht ansetzend überwiegend die Meinung vor, jeden Versuch, die Unabhängigen, selbst wenn sie extralässige Bedingungen stellen wollten, mit zur Regierung heranzuziehen, von der Schwelle aus abzulehnen, falls nicht die Volkspartei mit in die Koalition aufgenommen wird. Die demokratische Partei erachtet es offenbar mit ihren demokratischen Grundrissen nicht als vereinbar, eine ausschließlich linksorientierte Regierung zuzulassen, sondern sie will die Verantwortung für eine weitere Einkreisung nur dann auf sich nehmen, wenn nämlich für eine Partei am Bogen durch die Mitbestimmung der Deutschen Volkspartei an der Regierung gefordert wird. Rehnitz verhält es sich mit dem Zentrum. Wenigstens deinet das gemeinsame Schreiben dieser Parteien an die Deutsche Volkspartei in dieser Richtung. Zentrum und Demokraten sind danach der Überzeugung, daß auf dem Boden der verfassungsmäßigen, republikanischen Staatsform eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei zum Aufbau des Staates möglich ist. Damit scheint im Augenblick eine Grundlage zu entstehen, von der aus es nach Menschenmessen möglich sein wird, die Gefahr einer völligen Linksorientierung zu bannen. Ein wertvoller Fortschritt in dieser Richtung dürfte für den wahrscheinlichen Fall der volksparteilichen Zustimmung ebenfalls getan sein. Die verantwortungsvolle Entscheidung liegt dann bei den Reichstagsabstimmenden. In einem gemeinsamen Entschluß der drei genannten bürgerlichen Parteien gegenüber zeigen müßten, ob sie an jener Vorklärende Vereinstatsklärung, mit der Deutschen Volkspartei sich an einer Koalition zu beteiligen, festhalten, oder ob sie vom linksradikalen Standpunkt aus, in den sie sich von der linken letzten Ereignisse hineintreiben lassen, sich auch weiter schichten lassen wollen.

Eine wichtige Anfrage des Zentrums und der Demokraten an die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 6. Juli. Die Zentrumsfraktion und die Fraktion der demokratischen Partei des Reichstages haben gemeinsam einen Brief an die Deutsche Volkspartei gerichtet in dem es heißt:

Wir halten die Zusammenarbeit mit der Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abg. Bede, Seize und Stresemann in der letzten Zeit im Reichstage über unsere Augen und innenpolitische Lage gemacht haben, für möglich. Wir sehen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederanbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform möglich ist. Wir bitten daher um Auskunft, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich an der Regierung zu beteiligen. (B. Z. V.)

Fortsetzung der Reichstagsverhandlungen.

Die Reichswehr hatte gar keine geladenen Gewehre. Außer dem Angriff auf die Reichswehr haben noch zwei weitere Angriffe stattgefunden. Das wird aber wohlweislich verschwiegen. (Hört, hört! rechts.) Es fand ein Angriff rücklings auf den Kriegerverein und ein weiterer auf die Studenten am Schloßplatz. (Hört, hört! rechts.) In beiden Fällen haben aber die Angreifer mörderische Reize bekommen. (Bravo! rechts.)

Dindenburg

hat auch nach dem Zusammenbruch tren seine Pflicht erfüllt. So mancher Kommunist hatte erwartet, eine rote Armee anzuführen zu sehen. Aber es kam eine geordnete Armee an und damit besteht der Haß gegen diesen Mann. (Lebhafter Beifall rechts und Hände klatschen auf den Tribünen. Langanhaltendes wütendes Geschrei der Linken. Vizepräsident Weiß ordnet schließlich an, daß drei Herren, die den Beifall spendeten hatten, von den Publikumsstrüben entfernt werden.) Bei den Reden in Königsberg ist kein Wort von Politik gefallen. Die große Wälderarmee hat ja schon in Königsberg begonnen. Die Büchse Dindenburgs ist aus dem Rathaus entfernt worden, aber enthronen sie alle Büchsen und Wälder, aus dem Herzen des deutschen Volkes werden sie Dindenburgs Bild nicht entfernen können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Senkel (D. R.): Dindenburg sollte nicht nur als Reiter auf der Rot, sondern auch als Reiter des Deutschtums gefeiert werden. Von einer politischen Veranstaltung konnte gar keine Rede sein. Auch Sie (nach links) hätten alle Urache, diesen Mann zu feiern. Vermundete, die im Krankenhause liegen, haben zugegeben, daß sie die Reichswehr überfallen und entwaffnen wollten. Der Vizepräsident von Königsberg, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Lübrin, ist von der Schuld nicht freizusprechen. Auch die Verbote der Regierung haben dazu beigetragen. Die Stimmung zu schaffen, die zu den Vorgängen geführt hat. Die Schuld an den jüngsten Ausschreitungen hat der Reichsanwalt auf sich geladen, der durch seine Reden das Volk wild gemacht hat. Die Folgen seiner fälschlichen Reichstagsrede waren die Ausschreitungen in Darmstadt und anderen Orten. In Weiden sind 60 Tote. Glauben Sie, daß sich das Bürgerium wehrlos abschlichtete lassen wird? (Großer Rärm und erregte Jurufe links, härmliche Entrüstung rechts.) Ohne Selbstschutz und Reichswehr hätten wir längst die Anarchie. Die Regierung wird die Trägheit noch sehr brauchen. Sie, von der Linken müssen sich schämen, daß Sie unserm tapferen Heere in den Rücken gefallen sind.

Nach diesen Worten erhebt sich tobender Rärm auf der linken. Die sozialistischen Abgeordneten springen von den Bänken auf und drängen mit erhobenen Händen auf den Redner ein. Jurufe wie: Säufst, Schufst, frecher Hund, breiher Salanke, Bluthund werden laut. Minutenlang dauert der tosende Rärm an. Endlich unterbricht der Präsident, nachdem er seine Möglichkeit hatte, die Tobenden zur Ruhe zu bringen, die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Als Präsident Löbe dann nach Wiedereröffnung der Sitzung den Abg. Senkel das Wort zur Fortsetzung seiner Rede erteilt, erhebt sich für eine Weile der Rärm auf der linken. Die Abgeordneten der Linken drängen wild auf die Rednertribüne los und umlagern diese und verhindern durch orkanartige anschwellenden Rärm den Abg. Senkel am Reden. Als nach einer Weile der Rärm sich noch steigert, vertagt Präsident Löbe die Sitzung auf Freitag, 4 Uhr. Die Erregung hält noch lange an. Einige Abgeordnete der Linken stehen sich sogar dazu hinreichend, die den Saal verlassenden Abgeordneten der Rechten mit Papientaschen zu bewerfen.

Die letzten Reichstagsberatungen vor den Sommerferien.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 6. Juli. Nach einem Beschlusse des Reichstages des Reichstages bleibt der Sonnabend Sitzungsfrei. Am Montag, nachmittags 5 Uhr, findet dann eine Vollsitzung statt, in der die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zum Schutze der Republik beginnt.

Der Schutz der Republik in Reichsrat und Rechtsausschuß. Die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.

Annahme des Gesetzes im Reichsrat mit 49 gegen 16 Stimmen.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit einem bereits vor der Ermordung Rathenaus fertiggestellten Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik, der den Zweck verfolgt, klarzustellen, daß die Beamten, und zwar zunächst die Reichsbeamten, besondere Pflichten gegenüber der verfassungsmäßigen Staatsform haben. Zu diesem Zwecke soll das Reichsbeamtengesetz entsprechend geändert werden. Die Eidesleistung soll zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden und ihre Verlegung die sofortige Entlassung des Beamten zur Folge haben. Der Beamte wird verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten und alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht zu vereinbaren ist. Insbesondere ist es ihm untersagt, sein Amt für Bestrebungen zur Veränderung der verfassungsmäßigen Staatsform zu mißbrauchen oder bei ihm dienlich unterstellten Personen solche Handlungen zu dulden. Außerdem soll noch eine besondere Kategorie von Reichsbeamten bezeichnet werden, die über das Maß der ihnen sonst obliegenden Pflichten hinaus den Schutz der Republik auch insoweit wahrzunehmen haben, als sie in ihrer Stellung sich auch außerhalb ihres Amtes jeder lässigen Teilnahme an Bestrebungen zu enthalten haben, durch die etwa die verfassungsmäßige republikanische Staatsform gefährdet werden könnte, auch dann, wenn diese Bestrebungen sich im Rahmen der Reichsverfassung und der Gesetze halten. Zur Durchführung dieser Gesetze sollen die vorhandenen Disziplinarorgane verstärkt werden. Weiter ist vorgesehen, für besondere Fälle einen besonderen Disziplinarhof einzurichten, und zwar einen kleinen Disziplinarhof, der in erster Instanz, und einen großen, der in zweiter Instanz zu entscheiden hat. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen künftighin Anwendung finden auch auf Angehörige der Reichswehr. Vorgesehen ist auch eine gewisse Klarstellung und Änderung des Art. 129 der Reichsverfassung, der die wohlverordneten Rechte der Beamten schützt. Der Wortlaut der Verfassung soll nicht geändert werden. In dem Gesetze aber, das eine Verfassungsänderung bedeutet, soll festgesetzt werden, daß eine Reihe von nichtrichtlichen Beamten unter Gewährung eines Parteigeldes in den Ruhestand versetzt werden soll, soweit es sich um Beamte in leitender Stellung oder deren Stellvertreter handelt, die politische Entscheidungen zu treffen haben oder mit Aufgaben zum Schutze der Republik besonders betraut sind. Vor der Gesamtabstimmung erklärte der bayrische Gesandte v. Praeger, daß eine so wichtige Angelegenheit, die die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten in die noch nicht dagewesene Weise beschränken soll, nach Ansicht der bayrischen Regierung nicht unter politischem Druck über die Knie gebracht werden dürfe. Die Beamtenverbände seien nicht gehört worden. Der Gesetzentwurf sei ihnen noch gar nicht bekannt. Es sei zu befürchten, daß, wenn er ihnen bekannt werde, er eine außerordentliche Beunruhigung in der Beamtenenschaft hervorrufen werde. Durch das Gesetz würde einer ganzen Gruppe von Beamten die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Freiheit der politischen Meinungsäußerung entzogen. Es würden den Beamten zum Schutze der Republik Verpflichtungen auferlegt, die von einer beratigen Unbestimmtheit sind, daß Demonstrationen und Gelegenheitskundgebungen Tür und Tor geöffnet sei. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen.

Vor einem Buchdruckerstreik im Reich?

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)

Ultimative Forderungen an die Druckereibesitzer? Berlin, 6. Juli. Die Buchdrucker scheinen die Absicht zu haben, dem am 11. d. M. in Leipzig ausstehenden Tarifabschluss des deutschen Buchdruckerwerkes, dem die Regelung der ansehnlichen Lohnforderungen obliegen, mit einem Ultimatum an die Buchdruckerbesitzer im ganzen Reich voranzutreiben und auf diese Weise unter Umständen eine Unterführungsaktion für die Berliner Buchdrucker einzuleiten. Nur so läßt sich ein Antrag denken, der auf der zurzeit in Leipzig tagenden Generalversammlung der Buchdrucker eingebracht wurde und der das Verlangen enthält, die von den Berliner Buchdruckern aufgestellten Forderungen auf eine Wochenlohnerhöhung von 100 Mk. in ultimativer Form mit 48 Stunden Frist an die Unternehmerricht im ganzen deutschen Buchdruckerwerkes stellen und ihre Durchführung im Falle einer ablehnenden Antwort mit einem allgemeinen Streik im deutschen Buchdruckerwerkes zu befehlen. Sollte die Generalversammlung sich diesen Antrag zu eigen machen, so kann schon jetzt mit Bestimmtheit das Ueberstreiken des Buchdruckerstreikes von Berlin auf das Reich vorausgesetzt werden, da nach den vorliegenden Meldungen die Buchdruckerbesitzer im Reich nicht gewillt sind, ihrerseits die von den Berliner Arbeitgebern abgeleiteten Forderungen der Gehilfenchaft zu bewilligen. Am Berliner Buchdruckerstreik ist bis zur Stunde noch keinerlei Veränderung eingetreten. Gegenüber den Nachrichten, die von einem drohenden Mangel an Vertikalzählern infolge Stilllegung des Betriebes der Reichsdruckerei sprechen, teilt die Reichsdruckerei mit, daß von einem solchen Mangel nicht die Rede sein kann.

Berlin, 6. Juli. Im Reichsdruckerministerium haben heute nachmittags die Verhandlungen wegen Besetzung des Buchdruckerstreikes begonnen. Man hofft, daß die Verhandlungen, die morgen früh fortgesetzt werden, zu einem Ergebnis führen, jedoch sind die Schwierigkeiten, die einer Verständigung entgegenstehen, noch ziemlich beträchtlich.

Ein kommunistisches Ultimatum an die Regierung?

Kalle, 5. Juli. Ein Aufruf der kommunistischen Partei fordert die Arbeiter in den Betrieben auf, mit allem Nachdruck zu fordern, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeiterparteien sofort ein kurzfristiges Ultimatum an die Reichsregierung stellen, ob sie die Forderungen des Berliner Abkommens vom 27. v. M. rückständig durchzuführen wolle. Sollte die Reichsregierung keine befriedigende Antwort und keine genügenden Garantien für die Durchführung der Arbeiterforderungen geben, hätten die Spitzenorganisationen durch Anlage des Generalstreiks der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands die Forderungen durchzusetzen.

Was die Kommunisten fordern.

Berlin, 6. Juli. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf der Zentrale der K. P. D. an das kämpfende Proletariat, in dem zum Schutze gegen die Reaktionen gefordert wird sofortige Verkündung aller monarchistischen Führer, Unterdrückung aller monarchistischen Verbände und Deputierten, sofortige Säuberung aller Behörden, insbesondere der Reichswehr und der Gerichte von Monarchisten, sowie Amnestie für alle proletarischen Kämpfer.

Zeitungsverbot.

Berlin, 6. Juli. (Amtlich.) Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien verbot auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die „Schles. Volksstimme“, ein rechtsgerichteter Wochenblatt für vier Monate wegen eines Artikels „Der Tag der Schmach und Schande“ in der letzten Nummer. Das Verbot ist wegen Verleumdung und öffentlicher Beschimpfungen der letzten Reichsregierung und Verleumdung Rathenaus erfolgt. (B. Z. V.)

Der Schutz der Republik in Reichsrat und Rechtsausschuß. Vor der Abstimmung des Rechtsausschusses über das Schutzgesetz.

Berlin, 6. Juli. Im Verlaufe der weiteren Verhandlung des Rechtsausschusses über das Gesetz zum Schutze der Republik erklärte Abg. Dr. Seel, man müsse sich weiter über die Zwecke des § 1 klar sein. Der Zweck dieses Paragraphen sei nicht nur Mörder zu treffen, sondern Mörder in der Regel von den Gemeindefunktionen, in denen sie sich bewegen, zu trennen. Indem in das Gesetz Bestimmungen hineinkommen, die eine Befreiung von der Anzeigepflicht gewährleisten, so möchte man geradezu das Mördermilieu in den Kreislagen. Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) erklärt, man dürfe nicht in einem von der höchsten politischen Spannung getragenen Zeitpunkt über ein so außerordentlich schwieriges und verantwortungsvolles Gesetz verabschieden. Eine man die Verordnung des Reichspräsidenten aus, so könne sie sehr wohl auf einige Monate den Schutzbedürfnissen genügen. Wenn man jetzt habe, das Volk fordernde Taten, so sei nach seiner Ansicht die Ausnahmeverordnung eine solche Tat. Von Straßendemonstrationen dürfe der Abgeordnete sein pflichtmäßiges Handeln niemals abhängig machen. Die Verantwortlichkeit der Deutschen Volkspartei zur Mitarbeit am Gesetz bleibe aber auch dann bestehen, wenn der Ausschluß dieser Anträge nicht Folge leistet und die sofortige Verabschiedung beschließt. Abg. Koch-Weser (Dem.) stellt es sehr notwendig, daß ein Gesetz zum Schutze der Republik eine Maßnahme sein müsse. Abg. Warmuth (D. Sp.) wünscht eine Ausnahmebestimmung für die nahen Angehörigen von Mitgliedern der kaiserlichen Vereinigungen, wenn sie von dieser Mitgliedschaft Kenntnis erhalten. Eine Mutter, die ihren Sohn dem Kaiser ausliefern würde gegen jedes menschliche Gefühl handeln. Zum mindesten müßten hier mildernde Umstände zugebilligt werden. Alle leidenschaftlicher Ueber-eifer müßte bei einem Gesetz von solcher Tragweite und mit solchen Strafen ausgeschaltet werden. Straßendemonstrationen sollten niemals die ruhige parlamentarische Arbeit beeinflussen. In ihnen den Ausbruch des Volkes zu sehen, sei bei der großen einseitigen Einkaufmachung dieser Demonstrationen von vornherein verfehlt. Wenn die Linke das Gesetz nur gegen Rechts anwenden will, so sei es für seine Partei unannehmbar. Für die Linken ist in diesem Gesetz einzutreten, sei ein Inkonsequenz der bisherigen Sozialdemokratie. Abg. Marx (Zentr.) sagte aus, der vorliegende Entwurf richte sich weder gegen rechts noch gegen links, sondern er schaffe strafrechtliche Tatbestände und bringe dann, wenn diese Tatbestände erfüllt werden, die im Gesetz enthaltenen Strafbestimmungen zur Anwendung. Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) beantragt, daß nach den Strafwortlauten drei Personen, die um das Befahren einer kaiserlichen Vereinigung wissen, ohne die Behörden davon in Kenntnis zu setzen, mit Ausstoß bestraft werden, und daß von diesen Vorschriften neben den Geistlichen auch noch die Rechtsanwälte in Ansehung dessen, was ihnen in Ausübung ihres Berufes anvertraut wird, ausgeschlossen bleiben. Abg. Dr. Jansenfeld (Unabh.) wendet sich gegen den Wunsch des Abg. Dr. Kahl, vorläufig sich mit der Verordnung des Reichspräsidenten zu begnügen. Die Durchberatung der verschiedenen Anträge wurde einer Unterkommission übertragen, so daß morgen der Rechtsausschuß sofort mit der Abstimmung beginnen kann.

Vertretertag der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin.

Berlin, 6. Juli. Am Dienstag und Mittwoch hat in Berlin der Vertretertag der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Vertretertag sich mit großer Mehrheit zugunsten der extrem gerichteten Kreise festgelegt habe.

Die Mientäter auf Gärten.

Berlin, 6. Juli. Zu dem Ueberfall auf Gärten wird von der Berliner Polizei mitgeteilt, daß eine Durchsuchung der Wohnung des Verhafteten Weidardt und des noch flüchtigen Anfermann allerlei Belastungsmaterial zutage förderte. Papiere, die man fand, wurden sorgfältig zusammengelesen und so erhielt man Mittel mit Werten in der Stadt Odenburg. Man schritt nun sofort zu Hausdurchsuchungen bei den angegebenen Personen in Odenburg. Das Material, das man dabei fand, gab Veranlassung sofort mehrere Personen festzunehmen. Die Verbindung Weidardts und Anfermanns mit deutsch-politischen Kreisen ist festgesetzt. Von dieser Seite sind Weidardt und Anfermann auch Mittel zur Ausführung des Planes zugelassen. Anfermann, ein überbelebener Mensch, hat nicht nur eine politische Betätigung benutzt, um sich Geld zu verschaffen, sondern auch Frauen ausgebeutet, auf die er durch sein Auftreten Eindruck zu machen verstand. Anfermann verurtheilt dann auf einer Zeit, als der Anschlag auf Gärten schon bekannt war, seine Teilnahme aber noch nicht öffentlich bekannt war, Mittel zur Flucht aus Berlin zu erhalten. In diesem Zwecke suchte er auch das Bureau der Deutschnationalen Volkspartei auf. Er fand es bereits geschlossen, traf aber noch einen Herren vor der Tür. Von diesen suchte er nun unter falschen Vorspiegelungen Geld zu bekommen. Er wurde aber mit seinem Anliegen ohne weiteres abgewiesen.

Eine Erklärung Ludendorffs zu den Verdächtigungen von links.

Berlin, 6. Juli. Zu den in der Linkspresse wiederholt aufgetauchten Behauptungen, daß der in der Nordische verweilte Student Günther mit General Ludendorff in Beziehungen gestanden habe, nimmt dieser mit folgender Erklärung Stellung:

In der Presse wird der Student Günther als mein Privatsekretär bezeichnet, der meine rechte Hand war und noch heute mein Vertrauter sei. Diese Behauptungen sind unwahr. Günther war nicht mein Privatsekretär und nicht mein Vertrauter. Ich lernte ihn im Winter 1919/20 bei einer Veranstaltung der Deutschnationalen Jugendvereinigungen kennen. Seit dem Frühommer 1920 stand ich in keinerlei Beziehungen zu ihm. Nur einmal traf ich ihn zufällig, etwa im März dieses Jahres in den Straßen Münchens. Er grüßte mich und teilte mir dabei mit, daß Herr v. Jagow Wiederaufnahme seines Verhältnisses zu beantragen beabsichtige. Ich nahm zu seinen Mitteilungen keinerlei Stellung an. Fragen, die andere politischen Fragen oder auch sonstige Fragen wurden nicht behandelt. (Geg.) Ludendorff.

Ein Aufruf der Reichsregierung an die Oberschlesier.

Berlin, 6. Juli. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: In wenigen Tagen wird die Interalliierte Kommission Oberschlesien verlassen haben. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land. Der deutschbleibende Teil Oberschlesiens wird wieder mit dem Vaterlande vereint sein. Jeder, der durch geschuldige und ungeschuldete unabhägliche Verwicklungen herbeigeführt, liegt Oberschlesien und dem ganzen Deutschen Reich schweren Schaden an. Im Namen der Reichsregierung ermahne ich daher die ganze Bevölkerung, sowie insbesondere alle mit der Durchführung des Abkommens der Interalliierten Truppen beauftragten Beamten bringen, ihre Ruhe zu bewahren, sich aller feindseligen Handlungen gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten und so an der schnellen und reibungslosen Durchführung der Räumung mitanzuhelfen.

Abg. Dr. Wirth, Reichsanwalt.

Sächsischer Landtag.

Nach Eintritt in die Tagesordnung fand der Gesetzentwurf über die Gebühren der Verwaltungsgerichte in sofortiger Schlussberatung Annahme. Danach wird für das Verfahren in Parteizwangsverfahren und nach der Wichtigkeit des Streitgegenstandes eine Gebühr erhoben, und zwar von den Rechtsanwaltschaften bis zu 5000 Mk., vom Oberverwaltungsgericht bis zu 10000 Mk. Der Rest des Deutschen Reiches und des Freistaates Sachsen ist von der Zahlung der Gebühr befreit.

Für außerordentliche Ausgaben bei den Landesanstalten wurden nachträglich im Staatshaushaltsplan für 1922 eingekalkuliert 3/4 Millionen Mark zur Errichtung eines Beamtenwohnhauses bei der Oel- und Pflanzenschule Waldheim und 3400000 Mark zur Errichtung eines Beamtenwohnhauses bei der Anstalt Hoheneck.

Zur Vorlage Nr. 138 betreffend die endgültige Verteilung der Besoldungstitel in den Staatshaushaltsplänen für 1921/22 beschloß der Landtag, die Regierung zu ermächtigen, die Dienstbesoldungen der Staatsbeamten und Lehrer für die Rechnungsjahre 1921 und 1922 zum Teil abweichend von den Einstellungen von den Staatshaushaltsplänen, unter Inangriffnahme der mit der Vorlage überreichten Uebersichten, zu zahlen.

Bei dem Kapitel Indirekte Ausgaben werden die Einnahmen für 1921 mit 468 924 466 Mark in Tit. 1 und 404 Millionen Mark in Tit. 2; für 1922 in Tit. 1 mit 685 Millionen Mark, in Tit. 2 mit 189 Millionen Mark genehmigt.

Bei den Besetzen über den Staatshaushalt auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 wird von dem Abg. Winkler (Sop.) eine dritte Lesung beantragt und von der Kammer beschlossen. Beschlossen wurde nur, für 1921 die Gesamteinnahmen und -ausgaben des ordentlichen Staatshaushalts mit 2 897 272 770 Mark und mit 2 882 968 428 Mark für 1922 festzusetzen.

Der Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Verringerung der Gebührenordnung der Ortsgerichts- und Personen vom 1. November 1920 betreffend wurde in sofortiger Schlussberatung angenommen. Er steht bei den Besetzen für eine Erhöhung von 100 auf 400 v. S. vor, und erhöht auch die Sätze für Versteigerungen.

Abg. Dr. Riechhammer (D. Sp.) berichtet für den Haushaltsausschuß B über Eingaben des Landesvereins der Beamten der niederen Staatsforstlaufbahn, sowie der mittleren und der wissenschaftlich gebildeten Staatsforstbeamten. Die Kammer beschloß, die Eingaben in dem Sinne als Material zu überweisen, daß unter Beibehaltung und voller Wahrung des sogenannten Oberförstersystems bei Erlass der neuen Dienstverordnungen für die mittleren Staatsforstbeamten, zu deren Festsetzung Vertreter der wissenschaftlich gebildeten Forstbeamten, der Förster und Forstwärter mit zuzuziehen und zu hören sind, den Wünschen der mittleren und niederen Staatsforstbeamten nach Möglichkeit Rechnung getragen wird. Sparsamkeit der Verwaltung ist zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Demmering (Dem.) berichtet für den Haushaltsausschuß B über den Antrag des Abg. Kraß, betreffend die Einschränkung des Kraftwagenverkehrs an Sonntagen. Die Kammer beschloß: Die vom Ministerium des Innern bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen, eine Beschränkung des Kraftverkehrs an Sonntagen betreffend, sind baldmöglichst fortzusetzen. Ein Verbot ist für den Kraftverkehr besonders auf solche Straßen anzuwenden, die für den Fernverkehr nicht in Frage kommen, sowie ferner auf solche, die unbedingt von Fußgängern benutzt werden müssen, wenn sie zu einem bestimmten Ausflugsziel gelangen wollen. Fahrten, die der Beförderung von Kranken, Krankenwagen, Krankenbetten, sollen nicht unter das Verbot fallen. Es ist ferner für Sonntags eine weitergehende Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit für alle dem Verkehr freigegebenen Straßen festzusetzen und auf die Reichsregierung in ähnlichem Sinne hinzuwirken. Ein Gesuch der Gemeinde Schörlau um Erbauung eines Eisenbahnanschlusses Aue-Auerhammer-Schörlau erhielt die Regierung als Material.

Abg. Claus (Dem.) beantragte für den Besoldungsausschuß, betreffend Zahlung der Bezüge an die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten und Lehrer: die Regierung dringend zu ersuchen, im Sinne ihrer ursprünglichen Auffassung und ihrer Ausführungen wegen Festsetzung der Bezüge für Ruhestand und Witwen und Waisen der vor dem obigen Zeitpunkt pensionierten oder gestorbenen Beamten und Lehrer nochmals bei der Reichsregierung energisch vorzugehen, auch im Reichstagsausschuß und im Reichstag selbst mit aller Kraft dafür einzutreten, daß für die immer weniger werdenden Ruhestandler, Witwen und Waisen die gegenwärtig vorliegenden Sätze beibehalten werden.

Eine Eingabe des Vorstandes des Pfarrervereins, die Notlage der im Ruhestand lebenden Geistlichen, Pfarrerwitwen und -waisen betreffend, erhielt die Regierung zur Berücksichtigung.

Für die Bade- u. Reisezeit

Wer die Nachsendung der Dresdner Nachrichten nach den Sommerferienorten wünscht, muß dies rechtzeitig, mindestens

4 Tage vor der Abreise

bei unserer „Verbandsabteilung“ beantragen. Für Bezüher, die die Zeitung durch Austräger erhalten und die Ueberweisung der Zeitung durch die Post wünschen, beträgt die Gebühr für jeden angefangenen Monat M. 1.50.

Postbezüher beantragen die Nachsendung bei dem Postamt, durch das sie die Zeitung bisher geliefert erhielten; die Gebühren betragen für jeden angefangenen Monat M. 2.—. Auf Wunsch werden auch Kreuzbandsendungen ausgeführt; Auskunft erteilt unsere Verbandsabteilung. Die Gebühren sind in jedem Falle im voraus zu bezahlen.

Dresdner Nachrichten

Verbandsabteilung
Marienstraße 38/40. Telefon: 23241.

Einem Gesetzentwurf über Aufnahme einer Kasse von 500 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbauwesens stimmte die Kammer zu.

Abg. Drenthardt (Unabh.) wünschte dabei, daß die Baukostenzuschüsse nicht allein durch das Landeswohnungsamt verteilt werden. Die Herstellung der Baukosten müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden. Zur Mitwirkung bei diesen Fragen empfiehlt sich die Bildung eines parlamentarischen Ausschusses.

Minister des Innern Lipinski: Die Verteilung der Baukostenzuschüsse geschieht nicht durch das Landeswohnungsamt, sondern durch die Bauämter. Zur Verteilung der Baukostenzuschüsse ist kein parlamentarischer Ausschuß nötig.

Abg. Nitsche (Sop.) bemerkt, daß eine Verbilligung der Baukosten bereits durch die bestehende Baukostenzuschüsse erreicht wird. Eine Erweiterung dieser Organisation kann erwogen werden. Die Absicht der Regierung, die Bauämter zu erhöhen, ist zu begrüßen, weil das Bauen mit jedem Tage teurer wird.

Abg. Börner (D. M.) würde die Bildung eines parlamentarischen Ausschusses begrüßen, dessen Aufgabe es wäre, mehr Wohnungen zu schaffen. Damit schließt die Aussprache.

Abg. Dr. Demmering (Dem.) gibt am Schluß der Sitzung noch eine kurze Erklärung ab: Herr Abg. Eichert hat heute im Hause sogenannte Dum-Dumgeschosse herumgeschleudert, die in Svidlau gefunden sein sollen. Ich stelle fest, daß es sich um einfache Jagdwadetten aus der Rheinisch-Westfälischen Waffenfabrik handelt. Ich habe mir eben vom Wappenschmied Gröndig hundert Stück holen lassen und Sie können dort noch mehr bekommen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Derliches und Sächsisches.

Ein kommunistisches Urteil über die Demonstrationen.
Schon häufig haben die kommunistischen Presse oder die kommunistischen Agitatoren über die Demonstrationen ausgesprochen, was sie lieber nicht hätten verraten sollen. In der neuesten Nummer des kommunistischen Dresdner „Volksblattes“ wird über eine Bezirksdemonstration des Bezirkes Groß-Dresden der kommunistischen Partei berichtet, in der der Landtagsabgeordnete Zippel über die politische Lage berichtet und dabei nach dem Bericht des „Volksblattes“ folgendes ausgeführt hat:
„Der Vordräng von Arbeiterangelegenheiten hat die sozialistischen Parteien haben die Gelegenheit zu Demonstrationen gerne wahrgenommen, war doch in Sachsen damit die Möglichkeit verbunden, von der eigenen schlechten Politik abzulenken.“
Kommentar überflüssig.

Die sächsischen Kommunisten gegen den Eintritt in die Reichsregierung.

Eine Funktionärerversammlung der U. S. P. Groß-Dresden nahm am Dienstag, im Gegensatz zum Reichsausschuß der Unabhängigen Partei, eine gegen den Eintritt

der Unabhängigen in die Reichsregierung sich ausdrückende Entschiedenheit folgenden Wortlaut an:
„Die heutige Funktionärerversammlung billigt die ablehnende Haltung der Dresdner Delegierten aus der Reichskonferenz in der Frage der Koalitionsregierung. Das wichtigste Erfordernis zum Schutze der Republik ist die Aktion der Kraft der Klasse, die durch einen Eintritt in eine Koalitionsregierung nicht gefährdet, sondern geschwächt wird. Die Funktionärerversammlung erachtet die Mission der U. S. P., die Arbeiterbewegung auf den Boden des konsequenten Klassenkampfes zurückzuführen, keineswegs für erledigt und verpflichtet sich, im Sinne der Erfordernisse dieses Klassenkampfes mit allen Mitteln zu wirken.“

Rathenau-Gedächtnisfeier der Technischen Hochschule.

Am Donnerstag mittag veranstalteten Rektor und Senat der Technischen Hochschule in der Aula eine Trauerfeier für den verstorbenen Reichsminister Dr. Rathenau. An der Feier nahmen das Professorenkollegium und eine bedeutende Zuhörerschaft teil. Die Feier eröffnete der Rektor Magnificens Grawert. Er gab bekannt, daß die Feier längst vorbereitet war, als sie vom Ministerium angeordnet worden sei. Er erinnerte an einen vor mehr als dreißig Jahren erschienenen Aufsatz über den „Vernunftmonarchismus“. Es sei zu erwarten, daß auch heute die Mehrzahl der Deutschen sich so zu den gemordeten Verbänden als treue Mitarbeiter zu stellen vermögen, wie jene Vernunftmonarchisten sich in die alte Monarchie eingeeignet hätten.

Ueber Rathenau als Volkswirt und Staatsmann sprach Professor Dr. Bräuer. Er schilderte Rathenau, dessen Gedankenwelt nur zu verstehen sei als ein Produkt seiner geistigen und wirtschaftlichen Umgebung. Es sei das Zeitalter der Konzentration des Kapitals, der Technik und des Wirtschaftslebens zu großen und starken Organisationen gewesen — diese Konzentration erfordere letzten Endes einfache Linien, gerade Grundzüge und übersichtbare Begrenzungen. Der Redner schilderte zunächst den wissenschaftlichen und technischen Werdegang Rathenaus. In einer längeren Bauzeit habe er die großen Kenntnisse der Industrie und ihrer Entwicklungsbedingungen erworben, die ihn zu den großen Funktionen in der U. S. P. und zur Gründung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung befähigten. Aus der letzteren Tätigkeit sei ihm das Material zu seinen in „Probleme der Friedenswirtschaft“, „Die kommenden Dinge“ und „Die neue Wirtschaft“ niedergelegten Gedanken zu einer vollständigen Umgestaltung unserer Gesellschaft entstanden. Diese Gedanken zu verwirklichen, habe er sich in voller Hingabe in den Dienst des deutschen Volkes gestellt. Rathenau sei mehr Wirtschaftsphilosoph als Volkswirt gewesen, ein ringender Geist. Als er seine politische Tätigkeit begann, hoffte er der Ausbeutung der deutschen Wirtschaft durch den Versailler Vertrag entgegenarbeiten zu können. In die Arbeit für das Wiederherstellen der Wirtschaft er seine großen Organisationsgedanken einbrachte. Eine Würdigung Rathenaus als Staatsmann sei jetzt nicht möglich, da wir noch mitten in der Entwicklung seiner Arbeit ständen. Seine Bedeutung als Persönlichkeit sei außerordentlich gewesen. Erst kommende Zeiten würden sie vielleicht erkennen lassen.

Neue Preise für Hausbrandkohle.

Vom Kohlenamt wird uns geschrieben: Infolge der am 1. Juli eingetretenen Erhöhung der Verkehrspreise, der Frachten sowie der Arbeiterlöhne hat sich eine Erhöhung der Verkaufspreise für Hausbrandkohle nötig gemacht. Die Preise betragen ab Bahnlager für Steinkohle, je nach der Herkunft und Sorte, der Zentner 108,40 Mk. bis 124,10 Mk., der Kestollter 171,05 bis 196 Mk., für Niederlaufener Industrie- und Hausbrandkohle der Zentner 77,40 Mk., der Kestollter oder 140 Pfund 108,00 Mk. Dazu treten Zusatzlagen für die Händler, die ab Stadtlager verkaufen, und weitere Zuschläge für die, deren Lagerplätze von den Hauptkohlenhandlungsbetrieben besonders weit entfernt liegen. Abgestempelte Preisverzeichnisse gehen sämtlichen Kohlenhändlern umgehend zu und sind in den Verkaufsräumen an leicht sichtbarer Stelle auszugeben.

Todesfall. Gestern verstarb hier der Fabrikbesitzer, Kaufmann und Handelsrichter Gustav Uhlmann, 74 Jahre alt, in der Mannstr. hier, und in Freiberg. Der Selbige war im 61. Lebensjahre krank, genoss in den letzten Jahren eine große Ruhelage, so daß er seinerzeit als Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden des Reichsverbandes Deutscher Biagrarrenfabriken gewählt wurde. Auch gehörte er seit langen Jahren bis jetzt dem Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Dresden an. Das Amt eines Handelsrichters war ihm ebenfalls anvertraut. Zu den Tarifverhandlungen usw. in der Biagrarbranche wurde er stets zugezogen. Seine gerechte, gerade Denkart und seine unermüdete Arbeitskraft zeichneten den Verstorbenen vor allem aus.

Grad Celsius im Schatten. Die Ohnewelt, die jetzt über uns hinweggeht, scheint am gestrigen Donnerstag ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das Thermometer zeigte nachmittags 4 Uhr 33 Grad Celsius im Schatten, dabei wurde man in den Straßen wie von einem Samum umfungen, so

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielfplan für heute.** Opernhaus: „Die Zauberflöte“; Schauspielhaus: „Frau Putzger“; (Waltspiel des Burgtheaters, 38). Reußthater Schauspielhaus: „Der Wasserschmid“ (38). Residenztheater: „Der blonde Enkel“ (38). Zentraltheater: „Der leuße Lebemann“ (38).

† **Albert-Theater-Oper im Reußthater Schauspielhaus.** Erich Zimmermann vom Braunschweigischen Landes-Theater, der am Mittwoch in der Oper „Der Wasserschmid“ einen außerordentlichen Erfolg erzielte, wird sein Schauspiel heute wiederum als Georg im „Wasserschmid“ fortsetzen. Anfangs 1/2 Uhr.

† **Dalacroix-Schule Vesper.** Der am nächsten Sonntag abend 6 Uhr im Festsaal der Bildungsanstalt stattfindende Dramatische Abend ist der letzte. Wiederholungen können nicht stattfinden. Das Programm bringt Bewegtbildchen aus Opern und Dramen. Als Aufführende werden genannt: Erwachsene, Kinder und Galerie Oratoria. Kleine Preise. Karten bei H. Kies und in der Dalacroix-Schule.

† **Antitheater Vad Schandau.** Eudermanns „Het im“ gab Herr Walter in der Rolle der Magda Gelegenheit, sich auf vorteilhafteste einzuführen. Dasselbe gilt von Arno Christen als Dr. v. Keller. Der alte väterliche Starrkopf wurde lebendiger von Heinrich Romm dargestellt. Guy Johnson bot eine sympathische Erscheinung als Pfarrer Festsinger. Die kleinbürgerliche Elite fand eine ausgezeichnete Personifikation in Auguste Neumeister als tante Franziska.

† **Eine deutsche wissenschaftliche Bibliothek für Polesien.** Schließen. Um in dem an Polen fallenden Teil von Oberschlesien den 400 000 Deutschen geistigen Nutzen bereitzustellen im Kampf und die Erhaltung des Volkstums und um für die Fortbildung der Lehrerschaft an den höheren wie an den niederen Schulen sowie für die Arbeit des Deutschen Volkshochschulbundes einen Mittelpunkt zu schaffen, hat der Verband deutscher Volksbibliothekare in Katowice die Gründung einer deutschen wissenschaftlichen Bibliothek in Aussicht genommen. Ein vorläufig ausreißendes Gebäude steht dafür zur Verfügung. Geschulte bibliothekarische Kräfte zur sachmännischen Erschließung und Verwaltung der Bestände werden aus dem Reich gewonnen. Da der Verband aber nicht über genügend Geldmittel verfügt, um einen wissenschaftlichen Bestand zu erwerben, bittet er um gütige Ueberlassung von Doppelstücken an Büchern aus deutschen Bibliotheken.

† **Eine unbekannt Dichtung Alderlins.** In der in Zürich herausgegebenen Schweizerischen Zeitschrift „Wissen und Leben“ erscheint ein Aufsatz von Dr. Friedrich Seebach, München, der „Neues über Alderlin“ mittelt. Zu den

bisher unbekannt gebliebenen Stücken gehört der Schluß einer schönen, augenscheinlich an Dostojewski angelehnten Elegie, die den Freunden von Alderlins Dichtung hier darzubieten sei:

... und die ewigen Bahnen
Räkelnd über uns hängen die Herrscher der Welt,
Sonne und Mond und Sterne, und auch die Wiige der Wolken
Spielen, des Augenblicks feurige Kinder, um uns;
Aber in unferm Innern, ein Bild der Fürsten des Himmels,
Wandelte neidlos der Gott unferer Liebe dahin,
Und er mischte den Duft, die reine, bellige Seele,
Die, von des Frühlings silberner Stunde genährt,
Sich überströmte, hinaus ins glänzende Meer des Tages,
Und in das Abendrot und in die Bogen der Nacht.
Ahl wie lebten so frei im tunig unendlichen Leben;
Unbekümmert und still, selber ein seliger Traum,
Jetzt uns selber genug und jetzt ins Weite verfliegend,
Aber im inneren Mark immer lebendig und eins —
Glücklicher Traum! wie lange, wie lange lönn ich noch singen
Und vergehn im Bild auf dein erbebendes Haupt,
Aber sieh! dort regt sich's, es wandeln in Schleiern die
Jungfrauen.

Und wer weiß es, vielleicht wäre mein Mädchen dabei.
Lah mich, lah mich, ich muß — lebend! Es reicht mich ins
Leben.

Das ist im kindlichen Gang folge der fleischlichen Spur.
Aber du Güter, dich will, dich will ich nimmer vergessen,
Ewig bist du und bleibst meiner Geliebtesten Bild.
Und kam einmal der Tag, wo sie zur weinigen würde,
O dann ruh' ich mit ihr unter dir, freundlicher, aus.
Und laul ähnetest nicht, du östest Schatten und Düfte
Und ein rauschendes Lied über die Glücklichen aus.

Unzweifelhaft stammen diese Verse aus dem Jahre 1797 und erinnern in Stimmung und Motiven durchaus an die Elegienreihe der damaligen Zeit, namentlich „An den Keiser“, der ja auch am Schluß unseres Gedichtes angedeutet wird.

† **Wiener Urania.** Unter dem Titel „Neue Wege und Ausblicke“ erschien jochen der Jahresbericht 1920/21, der einen erstaunlichen Aufstieg dieses weiblich bekannten Volksbildungsinstitutes beweist. In dem umfassenden Bildungsprogramm der Wiener Urania sind hinzugekommen: die Einbeziehung der deutschen Schauspielkunst (Wanderbühne des österreichischen Volksbildungsamtes), die volksbildnerische und wirtschaftlich gleich bedeutende Einrichtung der Handfertigkeitskurse im größten Umfang, das Vorgehen zur Reform durch die planmäßige Vorführung von großen Kulturfilmen mit erklärendem Vortrage, Stehbildern und Musik, die Errichtung einer Zentralfür Vorträge, Lichtbilder und Kulturfilme für die österreichischen Bundes-

länder, die Ausbreitung der Wirksamkeit auf die äußeren Wiener Bezirke, insbesondere in die dortigen Arbeiterheime, womit die Urania den Weg zu den breiten Schichten des Volkes gesucht und gefunden hat. Die Anzahl der Besucher der 7000 Vorträge und Veranstaltungen der Wiener Urania im Berichtsjahre ist auf mehr als eine Million und im täglichen Durchschnitt auf 3700, die Anzahl der Mitglieder auf 80 000 gestiegen. Der Wiener Gemeinderat hat dem Volksbildungsinstitut einen städtischen Baugrund in der verkehrsreichsten Straße Wiens, der Mariaböckerstraße, zur Errichtung eines um die Hälfte größeren Zweighauses überlassen; das Baugeld soll durch Sammlungen im Inlande und durch Hypothekendarlehenverreibungen im Auslande aufgebracht werden. Alles in allem ein hoch erfreuliches Bild aus dem schönen Wien, dessen Bevölkerung selbst in diesen kriegsgeplagten Jahren an der alten Kultur ihrer Heimat festhält.

† **Ein kleiner Meinsall.** In einer Unterhaltungsbelle der „Dresdener Zeitung“ plaudert Fritz Kortner, Mitglied des Berliner Staatstheaters, anlässlich eines Dresdener Gastspiels über das Klatschen im Theater und führt dann „vielleicht etwas abseits vom Thema“, folgendermaßen fort: „Eine Dame erzählte mir, daß sie das Gespräch zweier gebildeter Herren aufgefangen habe, die sich kritisch ausließen, weil ich im „Othello“ den Satz: „Der Mörder hat seine Schuldigkeit getan, der Mörder kann gehen“ — unterschlagen hatte. Darf ich den Herren hier entgegen, daß man auf der Bühne Taten, aber keinen Klatschenmenschen sehen will. Diese Stelle ward abgekürzt. Und nichts wirkt — und die Praxis, vor allem jede nicht radikal genug gestrichene Text-Aufführung, lehrt es mit erneuter Verwirklicht — im Drama ärgerlicher, als wenn mitten in eine Reihe erhabener Verse voll schöner Gedanken eine gemeinplattische Banalität sich bettet, die wie der Restrain des neuesten Operettenklatschers in aller Munde ist und oft schon etwas zum Lachen Anreizendes angenommen hat. — Wenn ich diese Dresdener Betrachtungen mit zwei Bitten abschließen darf, so sind es diese: Nicht an Worten hängen, die der Schauspielerei, der doch jede Silbe auswendig kennen muß und somit auch die kleinste Kleinigkeit zu beachten hat, S. W. dem Klatsch opfert. Und nicht klatschen.“ — Diese Auffassung Kortners vom Wert der Taten ist an und für sich recht anfechtbar und nur ein neuer Beweis von der gegenwärtig vielfach mißbrauchten Freiheit, die sich Spielleiter und Schauspieler mit dem Dichtertext geüben. Späher aber ist der Umstand, daß das Mören-Mat nicht in Shakespeares „Othello“, sondern in Shakespeares „Titus“ steht und dort übrigens der Mörder nicht seine „Schuldigkeit“, sondern seine „Arbeit“ getan hat, so oft das auch falsch zitiert wird!

23. Stadterordneten-Sitzung.

Dresden, den 6. Juli 1922.

daß man ganz umsonst ein Dehlfußbad nehmen mußte und der Schweiz einem nur so aus allen Poren drang. Wenn die Wettervorhersage zutrifft, stehen und allerdings baldige Regenfälle mit Abführung in Aussicht. Eine längere Regenperiode soll aber nicht folgen.

Grubenbrand in Zeitz. In der gestrigen Stadterordneten-Sitzung wurde von dem Zeitzortheater Vorstand mitgeteilt, daß die Dresdener Feuerwehr zu einem Grubenbrand nach Zeitz ausgedrückt sei.

Nationalverband Deutscher Offiziere, Ortsgruppe Dresden. Der für heute, Freitag, in Reichs Hofwirtschaft angelegte Vortrag muß ausfallen.

2000 Heimatschutz-Mitglieder. Der Landesverein in Sachsischer Heimatschutz hat kürzlich sein 2000. Mitglied aufgenommen und dadurch eine Entwicklung erreicht, die auf dem Gebiete ideal wirkender Vereine in ganz Deutschland einzigartig ist. Noch am 1. Januar d. J. betrug die Mitgliederzahl 1200. Der Verein hofft, mit der großen Zahl an Mitgliedern sein Bestehen weiter ermöglichen und vor allem weiter seine Veröffentlichungen herausgeben zu können.

Die Glückwünsche des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz auf der Vogelwiese erfreut sich in diesem Jahre eines ganz besonderen Zuspruchs. Es ist kaum zu erwarten, wie es möglich ist, bei den heutigen hohen Warenpreisen für den geringen Erlös von 3 Mk. noch eine Zahl ansprechender, geschmackvoller Gewinne erzielen zu können. Das gemeinnützige Unternehmen des Heimatschutzes verdient die Berücksichtigung weiterer Kreise.

Waldbauschule. Nächsten Sonntag, früh 8 Uhr, findet bei günstiger Witterung im Weidenpark des Vereins Volkshaus (Zweckhalle) eine Besichtigung des Waldgottesdienstes statt, bei dem der Rammelsberger Verein (Vereins-Gewerbetreibende) mitwirkte. Die Predigt hielt Pastor Jule von der Martin-Luther-Kirche. Am nächsten Sonntag, vorm. 8 Uhr, findet bei günstiger Witterung wieder ein Waldgottesdienst im Weidenpark am der Reichshausstraße statt (Predigt: Pastor Richter). Der Vorstand der Waldgottesdienste wird mitwirken. Es wird gebeten, die am nächsten Sonntag älteren oder fränklichen Besuchern zu überlassen, nach Möglichkeit aber selbst eine Eigenleistung (Heidfrucht oder Bergl.) mitzubringen. Nur bei ganz ungünstiger Witterung würde der Waldgottesdienst ausfallen.

Einen Ausflug mit Wahl veranstaltet das 1. Dresdner Radfahrer-Verein nächsten Sonntag nach Ostseewaldsee. Abfahrt früh 8 Uhr, Endstation Linie 9. Mitglieder und Gönner bestens eingeladen.

Jahresabschluss-Vorlesung. Heute, Freitag, 7½ Uhr, großes Vortragskonzert des geselligen Dresdner Philharmonischen Orchesters. So dirigiert Kapellmeister Karl Feibanz von der Staatsoper. Solistisch wirken: der Bläserchor des Philharmonischen Orchesters. Er bläst von der Terrasse aus.

Am Kammerspieltheater beginnt nächsten Sonntag wieder die nächsten Vorstellungen der Kommando-Gesellschaft und zwar mit einem neuen, sehr unterhaltenden Spielplan. Ebenso nehmen an diesem Tage in den Kammerspielen die üblichen beliebigen Aufführungen wieder ihren Anfang.

Ergebnisse der Ringkämpfe im Circus Sarrasani am 6. Juli. Der Vorausforderungskampf zwischen dem Deutschen Läufer Tom Horn und dem Berliner Boxer-Bredau begann mit hohem Interesse des Zuschauers. Die Schlagen des Horn auf verteilte Amerikaner waren selten, aber um so sicherer. Es gelang ihm, seinen Gegner in der 4. Runde durch einen Wadenstoß einen tieferen Lage zu bringen. 2. Der Russe Petrovitsch hatte in dem Schmeißer-Ring einen harten Gegner. Der russische alte Russe hielt dem ihm überlegenem Gegner 20 Minuten stand. Der Kampf blieb unentschieden. 3. Einen technisch schönen Kampf boten der norddeutsche Meister Schulz und der englische Meister Reiter. Reiter siegte nach 5 Minuten durch Niederstich. 4. Grimalta betritt in diesem Weltkampf der deutsche Meister Zofel die Matte. Er trat seinen Gegner Seifert schon nach zwei Minuten durch Kopflage in den Sand. 5. Um die Entscheidung ranzen der Europameister Roland und der amerikanische Schwabauer. Der amerikanische Kampf endete nach 45 Minuten mit dem Siege Rolands durch Abknien einer Piruette.

Gerodorf (Bez. Chemnitz). Die „Soziale Bauhütte“, die bekanntlich gegründet wurde, um den kapitalistischen Bauunternehmern Konkurrenz zu bieten, gab bei der Gewerkschaft für ein Pächterwohnungsprojekt ein Angebot auf 24717 Mk. ab, während der Zuschlag einem auswärtsigen Unternehmen für 183300 Mk. erteilt wurde.

Flauen. Im Alter von 51 Jahren verstarb an Derschlacht nach wiederholter Operation einer der führenden Männer der Flauener Textilindustrie, Direktor Johann Ehrhardt Herrmann, Leiter der Siedereierwerke Flauen, N. 9. Der Verstorbene war ein außerordentlich kenntnisreicher Mann, der sich große Verdienste um die heimische Industrie erworben hat.

Überführung. Bei einem aus unbekannter Ursache ausgetretenen Schadenfeuer im Anwesen des Wassermeisters Gustav Scheffler wurde die 50jährige Ehefrau des Ehepaars vollkommen verkohlt aufgefunden.

Keipia. Der Streik der hiesigen Oaktbauarbeiter geht weiter. Von der Rohkommission wird berichtet: „Im Beisein des Kreishauptmanns Lange fanden am Dienstagvormittag im Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Doering Verhandlungen zur Beilegung des Streiks im Gärtnertätigkeitsbereich statt. Leider waren sie erfolglos, da die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkte beharrten, ohne Einführung des Bedienungsgeldes nicht in Lohnverhandlungen zu treten. Die Arbeitnehmer lehnten das Ansuchen ab, besonders deshalb, weil der verbindlich erklärte Tarif das Bedienungsgeld überhaupt nicht vorsieht.“

Großschmied. Während der praktische Arzt Dr. med. Albert Köhler mit seiner Gattin zu mehrtägigem Bade- und Erholungsurlaub in Idensee auf Rugen weilt, hat er bei einer Segelbootfahrt, kurz vor seiner Abreise in die Heimat, infolge Unachtsamkeit sein Leben eingebüßt. Seine Gattin konnte gerettet werden. Die Beerdigung hat Mittwoch in Göhsdorf stattgefunden.

Lobau. Bürgermeister Dr. Schaar Schmidt hat einem an ihn erlangenen Rufe an die Kreiskantalkassierer der Gemeinden Folge geleistet und wird seinen Posten als Bürgermeister von Lobau verlassen, den er 10 Jahre hindurch bekleidet hat. Stadterordneten-Vorsitzer Dr. Richter gab in der letzten Stadtgemeinderatssitzung dem Bedauern der Bürger über den Weggang Ausdruck.

Dresdner Vogelwiese.

Der große Vogel der Vogelnährer-Gesellschaft, der seit Sonnabend das Wahrzeichen der Festwiese bildet, ist nun dank der Freisichtbarkeit der Schützen seines schönen Federkleides fast ganz verbannt, bis er am nächsten Sonnabend mit dem Königsschuh seine Bestimmung endgültig erfüllt haben wird. Kurzeit schauen aber noch die dürftigen Vertreter des Vogels herab auf das trohe Treiben, das sich allmählich unten auf der Festwiese abspielt und all die Schaustellungen und Bierzelte fällt. Er sieht auch herab auf die traditionellen Veranstaltungen der Gilde, die am Donnerstag mit dem

Gerechtes der Vogelnährer-Gesellschaft

ihren Höhepunkt fanden. Der Vorsitzende Direktor Schwabe eröffnete, nachdem die Suppe aufgetragen worden war, daß jetzt mit einer längeren Ansprache, in der er daran erinnerte, daß jetzt eine tiefe Erregung unter Volk durchläuft und es daher vielleicht gewagt sei, ein Volksfest in dem Ansehen der Dresdner Vogelwiese zu veranstalten. Nach heute wie nie nicht, wie die Vogelwiese 1922 verlaufe, weil noch alles stehe und sich in Entwicklung befinde. Hinsichtlich der politischen Möglichkeiten sei er zuversichtlich, weil er glaube, daß ein so großes deutsches Volksfest außerhalb der Gefahrenzone liege. Aber er sei nicht ganz frei von Sorgen hinsichtlich der wirtschaftlichen Erfolge. Weil diese Erfolge bei aller Mühe und Anspannung doch nur Erfolge der mittleren Linie sein würden. Zuversichtlich sei er aber auch hinsichtlich des idealen Wertes der Vogelwiese, weil sie ein Stück Kulturgut sei, dessen Durchsetzung in schweren Zeiten ein Gewinn für unsere Stadt, für unser

Kauf Grund des Eingangsverzeichnisses wird das Ratsschreiben mitgeteilt zu dem Antrage der Stadterordneten, der sich dagegen richtet, daß der Anschlag der Reden des Reichspräsidenten Loh und des Reichskanzlers Dr. Brüning anlässlich der Trauerkundgebung für Dr. Rathenau an den Plakatwänden so hoch erfolgt sei, daß sie nicht gelesen werden könnten. Aus dem Antwortschreiben der Plakatverwaltung der Gilde-Erziehung geht hervor, daß eine andere Anbringung nicht möglich gewesen sei, da andere freie Plätze zunächst nicht zur Verfügung ständen.

St. V. Donner (D. Sp.) berichtet im Auftrage des Anhangsausschusses über die Ratsvorlage betr. die Förderung der

Errichtung eines Studentenheuses

in Dresden. Mit dem Baue will man dazu beitragen, die wirtschaftlichen Nöte der Studenten zu mildern. Es wird vorgeschlagen, einen jährlichen Zuschuß von 50000 Mk. zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß die Stadt nicht höher als der Staat zum Verwaltungsbeitragsbeitrag herangezogen wird, ferner für den Bau aus Sparkassenmitteln eine Hypothek von 3 Millionen Mark zu dem üblichen Zinssatze — zurzeit 5½ Prozent — zu gewähren, wenn der Staat 4 Millionen Mark bereitstellt. Unter gewissen Voraussetzungen soll die Hypothek auf 6 Millionen Mark erhöht werden. — **St. V. Bruner (Komm.)** bemängelt die Vorlage in verschiedener Richtung. Der Arbeiterpartei würden die Säle von den Industriellen weggenommen, für die Studenten aber würden großzügige Lokale geschaffen. In welchen Zwecken sie benutzt würden, sei unbekannt. Das Heim solle in einer Gegend erbaut werden (Helmholtzstraße), die durch die schwarz-weiß-rotten Fahnen verunstaltet sei. — Wegen die Kommunisten wird die Ratsvorlage verabschiedet.

Der Ratsvorlage gemäß werden als

Beihilfe für die öffentliche Handelsschule der Dresdner Kaufmannschaft 850000 Mk. bewilligt. Auf Antrag des **St. V. Schrapel (Komm.)** wird beschlossen, eine gemeinsame Besprechung der Dresdner Berufsschulvertreter herbeizuführen, in der eine gegenseitige Benutzung der Lehrmittel und sonstigen Einrichtungen der Schule mit den Fortbildungsschulen erörtert werden soll.

Die

Auffstellung von Aufschlagplätzen, die in letzter Zeit sehr reichlich erfolgt ist, hat zu Beschwerden in der Bürgerschaft geführt. — **St. V. Jungnickel (Soz.)** berichtet für den Verwaltungsausschuß. Der Rat hat beschlossen, die Säule Markstraße, Ecke Steinstraße, wieder zu entfernen, im übrigen die Eingabe von Albert Reichel auf sich beruhen zu lassen. Der Berichterstatter schlägt vor, von dem Ratsschreiben antwortend Kenntnis zu nehmen. — **St. V. Lohsch (Dem.)** äußert, daß die Beschwerden gegen die Aufstellung der Säulen zum großen Teile berichtigt seien. Er beantragt, daß der Rat erneut in eine Prüfung der Angelegenheit eintrete. — **St. V. Thierfelder (D. N.)** meint, daß Reflamen niemals verschöndert würde. Einzelne Säulen seien recht unglücklich aufgestellt. — Der Antrag Lohsch wird abgelehnt. Man beschließt, von dem Ratsschreiben Kenntnis zu nehmen.

Die Maurer- und Zimmerer-Zwangsgewinnung zu Dresden erhebt Einspruch gegen die

Verteilung der Baukostenzuschüsse

und fordert die Berücksichtigung von Privatunternehmern bei der Verteilung. **St. V. Dr. Sachs (Soz.)** als Berichterstatter bezeichnet die Eingabe als irreführend. Die Bauhandwerker würden nicht ausgeschaltet. Im allgemeinen sei es in der Ordnung, daß die Baukostenzuschüsse gemeinsamen Bauvereinigungen gegeben würden. — **St. V. Becker (Dem.)** hält es für seine Pflicht, unser sächsisches Handwerk zu schützen und nicht an die Wand zu drücken. Die Handwerker wollten nicht bevorzugt werden, aber man solle sie entsprechend berücksichtigen. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag. — **St. V. Kunisch (D. N.)**: Wenn man dem Wohnungsmangel abhelfen wolle, so solle man mit den Mitteln, die der Rat zur Verfügung stelle, größere Erfolge erzielen. — **St. V. Czerl (Dem.)** tritt für die Bauvereinigungen ein, die um Segen der Allgemeinheit arbeiten. Dem Antrag Becker könne man aber zustimmen. — **Bürgermeister Rißke**: Es treffe nicht zu, daß die Privatunternehmer nicht berücksichtigt würden. Die Bauvereinigungen hätten gelernt; sie bauten verhältnismäßig billig und musterhaft. Er wünsche aber auch, daß die Bauvereinigungen die Wohnung, die aus öffentlichen Mitteln erbaut würden, an Wohnungssuchende abgeben, die als vordringlich anerkannt seien, also an kinderreiche Familien. Diese Ansicht sei noch nicht allenthalben vorhanden. — **St. V. Rißke (Unabh.)** vertritt den Standpunkt, daß die Privatunternehmer überhaupt ausgeschaltet werden müßten. — **St. V. Paul (D. N.)** betont, daß die Zuschüsse nach der politischen Zugehörigkeit der Bauvereinigungen abgemessen würden. **Bürgermeister Rißmann (D. N.)**: Das private Bauunternehmertum sei bei der Verteilung der Wohnungsmittel nicht zu entbehren. Die Ableb-

una des Antrages Becker könnte die Auffassung verbreiten, daß die privaten Unternehmer nicht gewünscht würden. — **Bürgermeister Rißke** erwidert, daß niemals politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien.

Das Kollegium lehnt den Antrag Becker mit 41 Stimmen gegen 36 Stimmen ab und nimmt von dem Ratsschreiben Kenntnis. Der Rat wird ersucht, bei Vergebung der Baukostenzuschüsse möglichst solche Bauten zu berücksichtigen, die an bereits ausgebauten Straßen liegen.

Weiter wird der Forderung des Ratsschreibes über die Ueberführung von Zeichen nach der städtischen Feuerbestattungssankt mit teilweiser Abweichung zugestimmt. Wegen die Bestimmung, daß die Zeichen von Personen, die in der städtischen Feuerbestattungsanstalt eingeschert werden sollen, ausschließlich durch das städtische Bestattungssamt dahin zu überführen sind, stimmen die beiden Rechtsparteien.

Die Vorlage über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbeforderten Ratssmitglieder und Stadterordneten wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, angenommen, nachdem **Vizevorsitzer Rößmann** erklärt hat, daß die letzte Erhöhung über den Rahmen des Notwendigen hinausgehen würde.

Der Rechtsausschuß hat sich mit dem kommunistischen Antrag beschäftigt, der die Einsetzung eines aus den drei sozialistischen Fraktionen zusammengesetzten Ausschusses als Kontrollorgan beim Vollzeitspräsidium zum Zwecke der

Unterbindung reaktionärer Umtriebe

fordert. Weiter wird in dem Antrag der Rat ersucht, die Verwendung schwarz-weiß-roter Fahnen im städtischen Gebiete zu untersagen und die städtischen Fest- und Gasträume deutschvölkischen, krieger- und ähnlichen Vereinen nicht mehr zur Verfügung zu stellen und in diesen Räumen den Vortrag nationalistisch-kommunistischer Musikstücke zu untersagen. Der Berichterstatter **Dr. Jehle (Dem.)** beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären. Die Kommunisten wollten nicht die letzte Republik schützen; das habe den Ausschuß mißtrauisch gemacht. Wenn die schwarz-weiß-roten Fahnen verschwinden sollten, müßten auch die roten Fahnen verboten werden. Man könne niemals entscheiden, was chauvinistische Lieder seien. Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ sei ein gut demokratisches Lied. Vor allen Dingen könne man aber nicht für jede Stadt Ausnahmegeetze schaffen.

St. V. Rinke (Unabh. Soz.) hat sich ein Minderheitsgutachten vorbehalten, in dem der Antrag im wesentlichen aufrechterhalten wird. Außerdem soll der Rat ersucht werden, bei der sächsischen Regierung zu erwirken, daß der Polizeipräsident **Dr. Grille** seines Amtes entsetzt wird. — **Vizevorsitzer Rößmann (D. N.)** bezeichnet das Minderheitsgutachten als unannehmbar. Die schwarz-weiß-rote Fahne und das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ seien vor dem Kriege Gemeingut des ganzen Volkes gewesen. Sie seien nicht zum Parteisymbol erhoben worden, sie seien es dadurch geworden, daß weite Kreise des Volkes sich von dieser Fahne und von diesem Liede abgewendet hätten. Der die Sache vom Standpunkte des ganzen Volkes ansehe, müsse bedauern, daß es so gekommen sei. — **St. V. Eisner (Soz.)** erklärt sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden, hält ihn aber für unannehmbar, die Stadt habe nicht die Exekutivgewalt. Er beantragt, das Minderheitsgutachten dahin abzuändern, daß die Landesregierung ersucht wird, die schwarz-weiß-rote Fahne zu verbieten. Ferner wird der Rat ersucht, alle Wägen und Bilder von monarchistischen Personen aus allen öffentlichen Räumen zu entfernen. — **St. V. Gabel (Komm.)** setzt sich für das Minderheitsgutachten ein. — **St. V. Oberwein (D. N.)** wendet sich gegen das Minderheitsgutachten, da man kein Recht zu diesem Verbot habe. Das abgeänderte Minderheitsgutachten wird schließlich mit 36 Stimmen der Linken gegen 34 Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Damit erledigt sich das Mehrheitsgutachten.

Rathenaustraße

Von dem **St. V. Herz (Dem.)** liegt ein Antrag vor, den Rat zu ersuchen, einen Platz oder eine Straße im Zentrum nach Walter Rathenau zu benennen. **St. V. Jungnickel (Soz.)** stellt den Zusatzantrag, die Königs-Johann-Straße Rathenaustraße zu benennen und die Straßenbenennungen, die auf ehemalige Angehörige regierender Häuser lauten, abzuändern. — **St. V. Bier (D. Sp.)** beantragt, den Erlaß-Plan Rathenau-Plan zu benennen. — **St. V. Fischer II (D. Sp.)** äußert Bedenken gegen die Umbenennung der Königs-Johann-Straße; es könnten für die Geschäftleute wirtschaftliche Nachteile entstehen. Er beantragt, Ueberweisung an den Verwaltungsausschuß, was aber abgelehnt wird. — **St. V. Eisler (Dem.)** bedauert den Antrag; der demokratische Antrag bezwecke keine Demonstration.

Der Antrag wird mit dem Zusatz Jungnickel angenommen. **Schluß der öffentlichen Sitzung** 12 Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

Sand und Boll bedeute. In diesem Sinne hieß der Vorbeher die Anwesenheit herzlich willkommen, besonders den Kammerherrn v. Windisch, die Ehrenmitglieder General v. Seydlitz und Rentier Adam, die Vertreter des Polizeipräsidiums, der städtischen Kollegien, der Schweißerzilde, den Schützenkönig Stadtrat Altheim und den Galerie-Inspektor Gänisch, dessen Name durch die Herstellung der Vogelnährer unvergänglich mit der Gilde verbunden sei. Gerade eine Gesellschaft von so ehrwürdigem Alter sei der geeignete Platz, das Volkstum zu sammeln und die Vergangenheit auszugleichen. Dieser Aufgabe nachzutreiben, werde auch in Zukunft das Ziel der Gesellschaft sein. Mit einem Hoch auf die Vogelwiese schloß der Redner.

Kammerherr v. Windisch dankte für die freundlichen Worte der Begrüßung und betonte, daß er jetzt in rein privater Beziehung der Gilde gegenüberstehe. Er wüßte ihr, daß es ihr vergönnt sein möge, die alten guten Traditionen zu erhalten, die vereinbar seien mit einem Anpassen an die nun einmal gegebenen Verhältnisse und einer strengen Unterordnung unter die bestehende Staatsgewalt. Sein Hoch galt der Vogelnährer-Gesellschaft. **Oberregierungsrat Dr. Paltsch** dankte, zugleich im Namen des Regierungsrats Müller, für die an die Staatsbehörden gerichteten Worte der Begrüßung. Die vielen Jahrzehnte, in denen die Polizeibehörde mit der Gesellschaft zusammengewachsen sei, habe gezeigt, daß zwischen beiden ein harmonisches Verhältnis herrsche. Er leerte darauf sein Glas auf das Wohl der Vogelnährer-Gesellschaft und einen guten und ungetrübten Verlauf des diesjährigen Festes. **Stadtrat Postel** Die überbrachte die Grüße der Stadtverwaltung, von der auch Stadtrat Reichardt und Stadterordneten-Vizevorsitzer Rößmann anwesend waren. Er fernschmeide als besondere Merkmale des Festes dessen sportliche Seite und die Bedeutung der Vogelwiese als Volksfest. Mit einem Hoch auf die Gilde, besonders ihre Vorsteher und Deputierten, schloß der Redner. Der diesjährige Schützenkönig Stadtrat Altheim überreichte darauf mit Worten inniger Anerkennung dem Vorbeher Fahne für seine 25jährige Zugehörigkeit zum Vorstand, sowie den beiden Ehrenmitgliedern General v. Seydlitz und Rentier Adam je eine Mitgliedsnennung. **Rentier Adam**, der 82jährige, immer noch lebensfrische Senior der Vogelnährer, dankte mit bewegten Worten, auch Vorbeher Fahne herzlich Dankesworte. **Justizrat Dr. Lehmann** überbrachte die Grüße der Schützenvereine, und Deputierter **Reichardt** gedachte mit Dankesworten der Presse.

Unterbesen war die Kapelle aus dem bayrischen Bierzelt von Lang etagezogen und ertönte die Schützen mit ihren

Darbietungen. Im Namen der Gilde überreichte ihr Deputierter **Reichardt** einen Lorbeerkrans, wofür Herr Lang jun. und der Schwiegersohn des verstorbenen Lang, Herr Heineemann, dankten, wobei der Letztere betonte, daß keine andere private Vereinigung in ganz Deutschland imstande sei, ein solches Volksfest in den gegenwärtigen schweren Zeiten durchzuführen. Mit einer Rede des Stadtrats Altheim, die in der Wohnung gipfelte, schloß allezeit dem Vaterland zu widmen, klang die Melde der Ansprachen aus, worauf um 5 Uhr das Schießen auf den großen Vogel fortgesetzt wurde.

Heute, Freitag, findet seit neun Jahren, zum erstenmal wieder bei Eintritt der Dunkelheit ein großes Feuerwerk auf der Festwiese statt.

Aus amtlichen Behauptungen.

Erhöhung der städtischen Ausschüßungen und Lagerplätze abzuführen. Seit 15. Juni 1922 sind die Gebühren für die Ein- und Ausschüßung, sowie Lagerung von Gütern und Waren auf den städtischen Ausschüßungen und Lagerplätzen oberhalb und unterhalb der Albert-Brücke am linken Elbufer und auf den Ausschüßungsplätzen in den Vorstädten Meißau und Radis auf den künstlichen Betrag derjenigen Höhe erhöht, wie sie im Gebührensverzeichnis zum 1. Nachtrage vom 27. August 1920 der Dresdner Verordnungen festgesetzt sind.

Gefundene Gegenstände. Das Verzeichnis der im Monat Juni 1922 gefundenen, bisher noch nicht abgeholtten Gegenstände hängt im Fundamt, Zimmer 107 und im Erdgeschoß des Polizeigebäudes, Schichstraße 7, aus. Fundgegenstände sind unverzüglich in der nächsten Sicherheitspolizeiabteilung abzugeben. Verfuhrmeldungen werden auch daselbst entgegengenommen.

Verseigerungen im Dresdner Amtsgerichtsbezirk. Am 5. August, vormittags 9 Uhr, zur Aufhebung der Erbengemeinschaft des im Grundbuche des vormal. Königl. Stadtrichters Dresden Blatt 3500 auf die Namen Anna Elisabeth Alma verm. Volk geb. Reich (seit verheiratet Schmidt) und Friedrich Auer Volk geb. Reich (seit verheiratet Schmidt) Folgt, zu ungeteilter Hand eingetragene Grundstück, 4 Ar groß und auf 145 100 M. gekauft; es besteht aus Wohngebäude, Hofraum und Kleingarten und liegt in Dresden-N., Arnoldsstraße 6.

Verseigerungen in auswärtigen Amtsgerichten. Samba, am 8. August das im Grundbuche für Valzroda Blatt 80 auf den Namen Ernst Clemens Seifert eingetragene Grundstück, 15,5 Ar groß und auf 6000 M. gekauft; es besteht aus baufähigem Wohnhaus mit Stallraum und Scheunenteil, sowie Reiseröhde und Garten und liegt an der Dorfstraße, die Inhaberschaft des Gebäudes wird zur Bedienung des Ausschusses gemacht.

Vorschläge für den Mittagsisch. Hausmachernudel.

Die deutschen Abrechnungen im Jahre 1921. Die statistische Abteilung des Reichsbank hat einen umfangreichen gedruckten Bericht über die Tätigkeit der deutschen Abrechnungsstellen im Jahre 1921 herausgegeben...

einem großen Verzugsmerke. Die Fertigstellung soll eine Länge von 100 Metern erreichen. Die Anlagenkosten belaufen sich auf 40 Millionen Mark.

Warenzeichen-Verwertung für Danzig. Der Eisen- und Stahlwaren-Industrieclub in Oberfeld macht darauf aufmerksam, daß die deutschen Warenzeichen im Freistaat Danzig für die Tätigkeit verloren haben.

Der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft. Nach Bestellungen der 'Frankfurter Zeitung' sind im Juni 1921 im Vormonat 1700 Gesellschaften mit Anträgen auf Erhöhung des Aktienkapitals im Inland...

Erhöhung der Margarinepreise. Die niederrheinischen Margarinefabriken erhöhen die Margarinepreise unter der Einwirkung des starken Marktrückgangs neuerdings um 4 R. auf 45 bis 55 R. je Hund.

Wachselkurse im Freiverkehr am 6. Juli bis abends 6 Uhr. (Mitgeteilt von Gebr. Arnolds, Dresden.) Holland (100 Gulden) 17.80. Dänemark (100 Kronen) 16.40.

Commerz- und Privat-Bank, Akt.-Ges., Hamburg. Im heutigen Anzeigenteil befindet sich die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das 52. Geschäftsjahr 1921.

Arbeitslosigkeit. Die Handelskammer zu Dresden sprach sich beim Deutschen Industrie- und Handelskongress dahin aus, daß die künftigen nach Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für alle Arbeitslosigkeitsten zuständigen Arbeitsgerichte von allen politischen Einflüssen ferngehalten werden sollten.

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 6. Juli. Mitgeteilt vom Bankhaus Bannock & Pritschke, Dresden, Gewandhausstr. 3. 461-62. 463-64. 465-66.

Chromopapier- und Cartonfabrik vorm. Oskar Rajzel A.G. in Leipzig. Die Verwaltung gibt bekannt: Auf vielfache Anfragen über den Grund des Niedrigens der Aktien im Vergleich zu den anderen Unternehmen gleicher Art teilen wir mit, daß unser Werk andauernd lebhaft beschäftigt ist.

Rückgang der Erzeugung von Baumwolle. Aus Stockholm wird berichtet: Auf dem internationalen Kongress der Baumwollinteressen, der hier stattgefunden hat, wurde die Aufmerksamkeit auf die äußerst unbefriedigende Lage gerichtet.

Leipziger Kurse vom 5. Juli. Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 227.50. Leipziger Dampfkraftwerk 148. Sächsische Bank 240.

Berliner Kurse vom 6. Juli 1922. (Ohne Gewähr.) Table with multiple columns listing various stocks and bonds under categories like Deutsche Staats- u. Stadtanl., Transportwerts, Brauerei-Aktionen, Industrie-Aktionen, Bank-Aktionen, Ausländische Anleihen, and others.

